

## CH/Swissmem-Präsident: 1:12-Initiative gefährdet Wettbewerbsfähigkeit

20.06.2013 19:25

**Freiburg (awp/sda) - Die Industrie will zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit die Gehälter in den Unternehmen selber festlegen können. Der Präsident des Verbands der Metall-, Elektro- und Maschinenbauindustrie Swissmem, Hans Hess, stellt sich gegen die Mindestlohn-Initiative der Gewerkschaften und die 1:12-Initiative der Juso.**

Die Annahme dieser Initiativen würde eine schädliche Eingriffsmöglichkeit des Staates in die Freiheiten der Unternehmen schaffen, sagte Hess am Donnerstag anlässlich des Industrietages des Verbands in Freiburg.

Die Wettbewerbsfähigkeit verlange die dauernde Möglichkeit zu Investitionen, weswegen auch die Löhne nicht auf ein unvernünftiges Mass steigen dürften.

Ein Unternehmen in Schwierigkeiten müsse zudem zwingend die Kosten reduzieren können. Um Arbeitsplätze zu erhalten und gleichzeitig Sparmassnahmen umsetzen zu können, brauche es einen Manövrierraum bei den Löhnen, die oft über die Hälfte der Kosten ausmachten. Die Schweiz gehöre zu den Ländern mit den höchsten Löhnen weltweit.

Für ein Gleichgewicht der drei Aspekte Arbeit, Margen und Löhne brauche es einen liberalisierten Arbeitsmarkt und Rahmenbedingungen, welche den Firmen Handlungsspielraum lasse. Die beiden Initiativen, welche Einfluss auf die Löhne haben, seien dafür eine Gefahr, sagte Hess.

Mit der 1:12-Initiative verlangen die Jungsozialisten (JUSO), dass in einem Unternehmen der höchste Lohn das Zwölfwache des tiefsten Lohns nicht überschreiten darf. Die Chefs sollen also in einem Monat nicht mehr verdienen dürfen als die Mitarbeitenden in einem Jahr.

Das Volksbegehren kommt im November zur Abstimmung. Der Bundesrat und das Parlament empfehlen dem Stimmvolk, die Initiative abzulehnen.

NEUEN GAV GENEHMIGT

Hess betonte, Swissmem stelle sich nicht gegen die Initiative, weil der Verband gegen ausgeglichene Löhne wäre - im Gegenteil. Doch staatliche Lösungen trügen den Bedürfnissen der Unternehmen in der Schweiz nicht Rechnung. Die 1:12-Initiative, ebenso wie die Mindestlohn-Initiative der Gewerkschaften, würde alle Firmen, vom KMU bis zum multinationalen Konzern und unabhängig von ihrem Standort, in einen Topf werfen.

Ganz in diesem Sinne hat sich Swissmem auch mit den Gewerkschaften auf einen neuen Gesamtarbeitsvertrag (GAV) geeinigt. Die Mitglieder des Verbands stimmten dem Vertrag am Donnerstag zu. Damit erhalten die Angestellten in der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (MEM) künftig mindestens 3300 Franken Lohn im Monat.

Der neue GAV sei ein Kernanliegen der MEM-Industrie, betonte Hess. Acht Monate lang wurde verhandelt. Der Vertrag soll Anfang Juli in Kraft treten und bis 2018 gelten.

Im Vertrag, dem gemäss Swissmem 96'000 Arbeitnehmer unterstellt

sind, ist zudem eine Woche Vaterschaftsurlaub vorgesehen. Im Gegenzug können die Arbeitgeber flexibler auf Auftragsschwankungen reagieren und 200 Stunden Überzeit auf das neue Jahr übertragen. Bisher waren es 100 Stunden.

## LOB VON BERSET

Der neue GAV wurde am Industrietag auch von Bundesrat Alain Berset gelobt. "In einer Zeit, in der eine gewisse Unsicherheit herrscht, sind Gesamtarbeitsverträge eine Garantie für Vertrauen und Sicherheit", erklärte der Innenminister.

Er sprach sich für "realistische" Reformen aus. Diese müssten gemeinsam und nicht gegeneinander angepackt werden. Das sei es, was die Schweiz stark mache.

Die Stärke des Landes liege ausserdem im Gleichgewicht zwischen Wettbewerbsfähigkeit, Innovation und sozialer Sicherheit begründet. Im Bezug auf die Reform der AHV hob Berset die Alterung der Bevölkerung hervor, welche die Finanzierung der Altersvorsorge vor Probleme stelle.

Das Rentenalter sollte flexibel sein, doch die Arbeitnehmer müssten bis zum Referenzalter von 65 Jahren arbeiten können. Er rief die Unternehmen dazu auf, die Arbeitsbedingungen in diesem Sinn anzupassen.

yr

(AWP)